

# MANNHEIMER MORGEN



**IM MÄRCHENSTIL**  
Sarah Koch möchte als Sängerin durchstarten ▶ Kultur

**mannheimer-morgen.de/adler**  
Adler Mannheim: Wir verlosen VIP-Tickets für die Heimspiele der Viertelfinal-Serie



**SV WALDHOF**  
Präsidium um Bernd Beetz blickt nach vorne ▶ Mannheim

## DAS WETTER

<b>Mittwoch</b> 16/9° C	<b>Donnerstag</b> 14/9° C	<b>Freitag</b> 12/6° C
Meist bewölkt	Bedeckt mit Regen	Wolzig und regnerisch

## STADTAUSGABE

MITTWOCH 6. APRIL 2022 · 77. JAHRGANG · NR. 80

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

D 4624 · Preis: 2,50 €

# Hilfe, meine Stromkosten explodieren!

Bei unserer Telefonaktion haben sich viele Leserinnen und Leser Experten-Rat rund um das Thema Energie geholt. Die wichtigsten Tipps zum Nachlesen. ▶ Wirtschaft

**KOMMENTAR**

**Walter Serif** zum Aus für die allgemeine Impfpflicht

## Prinzip Hoffnung

Vor zwei Wochen hat es sich schon abgezeichnet: Es gibt keine Mehrheit im Bundestag für eine allgemeine Impfpflicht. Unsere Umfrage unter den 20 Parlamentariern aus der Region ergab da bereits ein klares Meinungsbild. Schuld daran ist in erster Linie Kanzler Olaf Scholz. Derselbe Regierungschef also, der praktisch im Alleingang entschieden hat, dass die Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro ausgerüstet wird, hat sich nicht getraut, die Impfpflicht in seiner Koalition gegen die Bedenken der FDP durchzudrücken.

Zur Erinnerung: Scholz war es, der sich bereits im November 2021 als erster Spitzenpolitiker klar für die Impfpflicht positionierte – da war er noch nicht einmal als Bundeskanzler vereidigt. Im März sollte sie schon kommen, doch der Sozialdemokrat hat es verweigert und die Abstimmung zur Gewissensfrage erklärt. Dumm nur, dass Oppositionsführer Friedrich Merz von den Unionsabgeordneten – die nicht alle die Impfpflicht ablehnen – Fraktionsdisziplin einfordert und für die FDP die Freiheit mehr zählt als die Solidarität.

Deshalb hat wohl nicht einmal der Vorschlag einer Impfpflicht ab 50 bei der Abstimmung am Donnerstag eine Mehrheit. Die Volksvertreter ignorieren also die Meinung der Mehrheit des Volkes. Sollte es im Herbst zur nächsten Corona-Welle kommen und sich eine neue, aber gefährlichere Virusvariante durchsetzen, käme sogar eine Hauruck-Einführung der Impfpflicht zu spät. Es bräuhete ja Monate, diese umzusetzen. Vielleicht würde dann wieder der Lockdown täglich grüßen. Man kann deshalb nur wünschen, dass das Team Vorsicht mit seinen Bedenken falsch und das Team Sorglos richtig liegt.

Es entbehrt jedenfalls nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet seit der Bestallung des Epidemiologen und damit Ober-Experten Karl Lauterbach zum Gesundheitsminister der politische Unverständnis in der Koalition eher zu- als abgenommen hat. Plötzlich gelten die Mahnungen der Ärzte wenig, die Bürgerinnen und Bürger sollen frei darüber entscheiden können, wie sie in der Pandemie leben wollen. Diese kostete, so das RKI am Dienstagmorgen, innerhalb von 24 Stunden immerhin 307 Menschen das Leben. Die Politik zwingt die Menschen zwar aus Fürsorgepflicht, einen Gurt beim Autofahren zu tragen, lässt sie aber weiter ungeimpft ihre eigene Gesundheit und die der anderen aufs Spiel setzen. Selten hat die Politik in einer so wichtigen Frage kapituliert und auf das Prinzip Hoffnung gesetzt. Die Lebenserfahrung lehrt allerdings: Das geht meistens schief.

**Ukraine-Krieg:** Nach Gräueltaten an Zivilisten neue Sanktionen gegen Russland / Von einem Liefer-Stopp wäre auch das Grosskraftwerk Mannheim betroffen

# EU bereitet Kohle-Embargo vor

**Kiew/Brüssel.** Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj will eine lückenlose Aufklärung der Verbrechen gegen Zivilisten in Butscha und anderen ukrainischen Städten. Dazu arbeite man unter anderem mit der EU und dem Internationalen Strafgerichtshof zusammen, sagte er. Die internationale Empörung über die Gräueltaten im Kiewer Vorort Butscha dauert an. Europäische Länder weisen Dutzende russische Diplomaten aus, denen sie Aktivitäten für Geheimdienste vorwerfen. Noch diese Woche wird EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für ein Treffen mit Selenskyj nach Kiew reisen. Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft verzeichnete mehr als

7000 Meldungen über russische Kriegsverbrechen in der Region um die Hauptstadt Kiew. Die Ukraine macht für das Massaker russische Truppen verantwortlich. Moskau bestreitet das und sprach von einer „Inszenierung“. Videos und Satellitenbilder aus dem Kiewer Vorort Butscha widerlegen nach einer Analyse der „New York Times“ allerdings Moskauer Behauptungen, dass Leichen getöteter Zivilisten dort erst nach dem Abzug des russischen Militärs platziert worden seien.

Als Reaktion auf die Gräueltaten bereitet die EU neue Sanktionen gegen Russland vor. Neben einem Importverbot für Kohle beinhaltet das neue Paket eine Hafensperre für russische Schiffe sowie weitere Handelsbeschränkungen. Dazu gehören

Quantencomputer und Transportmittel. Produkte wie Holz, Zement und Meeresfrüchte im Wert von 5,5 Milliarden Euro sollen außerdem nicht mehr in die EU importiert werden. „Diese Gräueltaten dürfen und werden nicht ohne Folgen bleiben“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

### Demonstration vor der BASF

Ein Kohle-Embargo würde auch das Grosskraftwerk Mannheim (GKM) treffen, eines der größten Steinkohlekraftwerke in Deutschland. Auf Anfrage dieser Redaktion teilte das GKM mit, dass es für die Erzeugung von Strom und Fernwärme über seine Lieferanten Steinkohle auf den

weltweiten Handelsmärkten bezieht, in wechselnden Chargen auch aus Russland. „Wir prüfen zurzeit alle alternativen Bezugsquellen, werden aber bei unserer diversifizierten Beschaffungsstrategie bleiben“, sagte ein GKM-Sprecher. Weiterhin im Vordergrund stehe es, die sichere Energiebereitstellung für die Menschen und Unternehmen in der Region zu gewährleisten. „Bei einem Importverbot russischer Kohle könnten Lieferungen zum Beispiel aus Ländern wie Australien, Indonesien, USA, Kolumbien, Südafrika erfolgen“, so das GKM.

In Ludwigshafen hat am Dienstag eine kleine Gruppe von Ukrainern, Freunden und Helfern vor dem BASF-Werksgelände gegen die Russ-

landgeschäfte des Chemiekonzerns protestiert. Das Motto: „Keine Geschäfte mit Kriegsverbrechern“.

Ein Unternehmenssprecher sagte auf Anfrage, dass die BASF seit Anfang März keine neuen Geschäfte in Russland und Belarus mehr tätige. „Eine Ausnahme bilden Produkte zur Unterstützung der Nahrungsmittelproduktion, da der Krieg das Risiko birgt, eine weltweite Nahrungsmittelkrise auszulösen.“ Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck (SPD) warb um Verständnis für beide Seiten. Auch in der Frage eines kompletten Energie-Embargos gebe es kein Schwarz und Weiß. *dpalcs/jei*

▶ **Kommentare, Berichte: Politik, Wirtschaft, Mannheim, Ludwigshafen**

**Umfrage:** BaWü-Check zeigt Sorge um Preisstabilität

## Stimmung im Sinkflug

**Stuttgart.** Der Krieg in der Ukraine und der Preisanstieg bei Energie und Lebensmitteln haben den Optimismus der Menschen in Baden-Württemberg massiv gedämpft. Dies geht aus dem aktuellen BaWü-Check hervor, einer Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Demnach sieht nur noch knapp jeder vierte Baden-Württemberger den kommenden zwölf Monaten hoffnungsvoll entgegen, die große Mehrheit ist dagegen tief besorgt. Zwar sprechen sich 51 Prozent der Befragten für eine unbegrenzte Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine aus, aber nur 12 Prozent haben die Möglichkeit, dies bei sich zuhause zu tun. *dir*

▶ **Bericht Südwest**

**Energie:** Karlsruher Firma Vulcan und MVV schließen Abnahmevertrag

## Geothermie-Anlage geplant

Von Martin Geiger

**Mannheim.** Die Karlsruher Firma Vulcan Energie Ressourcen GmbH will ein Geothermieheizwerk im Großraum Mannheim bauen. Das bestätigt ein Sprecher des Unternehmens am Dienstag. Der konkrete Standort der Anlage stehe noch nicht fest. Darüber werde erst nach einer Untersuchung der Untergrundbeschaffenheit entschieden, die noch in diesem Jahr durchgeführt werden soll. Die Geothermie-Anlage soll 2024, spätestens aber im Jahr 2025 in Betrieb gehen.

Das Karlsruher Unternehmen hat am Dienstag einen Abnahmevertrag mit der MVV Energie geschlossen. Demnach will Vulcan dem Mannheimer Versorger von 2025 bis 2045 jährlich zwischen 240 und 350 Gigawattstunden klimaneutrale Wärme liefern. Diese soll in das Fernwärmenetz der Rhein-Neckar-Region einge-



Die Geothermie-Anlage in Inenheim: Vorbild für Mannheim? BILD: KLAUS VENUS

speist werden. Damit können theoretisch 25 000 bis 35 000 Haushalte mit Wärme aus erneuerbarer Energie versorgt werden. „Für Mannheim ist diese Kooperation ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg in die Klima-

neutralität“, sagte Thorsten Weimann, Geschäftsführer bei Vulcan, einer Mitteilung zufolge.

Das eigentliche Geschäftsfeld von Vulcan ist die Lithium-Gewinnung. Entsprechend will der Konzern die geplante Anlage auch nutzen, um das begehrte Metall zu gewinnen, das in der Batterieindustrie eingesetzt wird und als Schlüssel-Rohstoff bei der Elektromobilität und der Verkehrswende gilt.

Nach Angaben des Regierungspräsidiums Freiburg, bei dem das baden-württembergische Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau angesiedelt ist, hatte die Behörde Vulcan bereits im Sommer 2019 die Aufsuchungserlaubnis für Erdwärme, Lithium und Sole im Feld Mannheim erteilt. Im Herbst des vergangenen Jahres sei die Erlaubnis bis Juli 2024 verlängert worden.

▶ **Bericht Mannheim**

**Bundestag:** FDP-Politiker lehnt auch neuen Vorschlag ab

## Impfpflicht bleibt strittig

**Mannheim.** Der FDP-Bundestagsabgeordnete Jens Brandenburg aus Walldorf lehnt auch den neuen fraktionsübergreifenden Antrag für eine Impfpflicht ab 50 Jahren ab. Der parlamentarische Staatssekretär im Bildungsministerium bezeichnete den Vorschlag im Interview als „überzeugend“. Auch einige Virologen würden inzwischen von einer Impfpflicht abraten. „Ausbauen sollten wir die Beratungsangebote, um noch Unentschlossene zu erreichen“, sagte er. Der neue Vorschlag, hinter dem vor allem Abgeordnete aus den Ampel-Fraktionen stehen, ersetzt den früheren Entwurf, der eine allgemeine Impfpflicht ab 18 vorsah. Am Donnerstag steht die Abstimmung im Bundestag an. *was*

▶ **Interview Seite 2**

### Schnell gefunden

Familienanzeigen Seite 20  
Fernsehprogramm Seite 31

### Abonnement-Service

Tel.: 0621/392-2200 E-Mail: Kundenservice@mamo.de  
Fax: 0621/392-1400 Mo.-Fr. 7-17 Uhr; Sa. 8-12 Uhr

### Anzeigen-Service

Tel.: 0621/392-1100 E-Mail: Anzeigen@mamo.de  
Fax: 0621/392-1445 Mo.-Fr. 8-17 Uhr

### Service- und Ticketshop Mannheim im EG von Thalia

Tel.: 0621/392-1710 P. 7, 22 (Planken)  
Fax: 0621/392-1717 Di., Mi, Do., Sa. 10-16 Uhr; Fr. 10-18 Uhr

